

MEDIZIN-UNI

**Aufnahmetest für
Medizinstudium
gefordert**

Steirische Ärztekammer
für Gesetzesänderung.

GRAZ. Für eine Einführung von Aufnahmetests zum Studium an den Medizinuniversitäten hat sich der steirische Ärztekammerpräsident Dietmar Bayer ausgesprochen. Die derzeitige Vorgangsweise würde nur zu einem Problemstau führen. Die Opfer des „fehlenden Mutes für eine Studentenbewirtschaftung“ seien letztlich immer die Studierenden selbst, so Bayer.

An der medizinischen Fakultät in Graz können beispielsweise nur jene Studierenden an den Lehrveranstaltungen des zweiten Studienabschnittes teilnehmen, die sämtliche Prüfungen der ersten beiden Semester geschafft haben. Zusätzlich wurde die Gesamtzahl im zweiten Abschnitt auf 264 Plätze beschränkt. Aufgenommen wird also, wer am frühesten seine Prüfungen ablegt. „So werden nicht die besten, sondern die beharrlichsten Studierenden gefunden“, erläutert Bayer.

Ausschlaggebend für den Zugang zum Studium müssten „seriöse Tests und Praktika“ sein, die „soziale, intellektuelle und emotionale Intelligenz“ feststellen sollten. Ohne eine Zugangsbeschränkung würden die medizinischen Universitäten die geforderte qualitätsvolle Ausbildung nicht anbieten und auch nicht verantwortlich wirtschaften können.



Ärztechef Bayer fordert Tests BINDER

Krankenstand kostet

Der Rauswurf im Krankenstand sei modern geworden, wettet die Arbeiterkammer und zieht immer öfter vor Gericht. Unternehmer kontern: Aufregung sei Wahlkampfgetöse. Und Zahl der Fälle gering.

HANNES GAISCH,
JONNY STÜHLINGER,

Es sei ein Fall von vielen, sagt die steirische Arbeiterkammer: Anna K., zehn Jahre Arbeiterin in der Papierindustrie, bekam Kniebeschwerden und ging in den Krankenstand. Ihr Arbeitgeber schickte ihr einen Detektiv hinterher, der beobachtete sie auf einer Gesundheitsmesse bei einem Stand ihres Lebensgefährten – angeblich stundenlang und arbeitend. Anna K. wurde fristlos entlassen.

Sie sei während ihres Krankenstandes für eine andere Firma tätig gewesen, so die Begründung. Der Heilung ihres Knies sei das außerdem abträglich. Doch mit der Rechtshilfe der AK gewann

die Frau vor Gericht. Der vorübergehende Aufenthalt an einem Messestand könne die Heilung nicht beeinträchtigen, so der Richter, die fristlose Entlassung war ungerechtfertigt. Für Anna K. ging es um 12.000 Euro.

Rauswürfe

AK-Präsident Walter Rotschädl schlägt jetzt Alarm, denn der „Hinauswurf während des Krankenstandes“ sei modern geworden. Als Hintergrund sehen die Arbeitnehmervertreter die Abschaffung des so genannten Entgeltfortzahlungsfonds, aus dem die Krankenstände von Arbeitern finanziert wurden. Seit die Regierung diesen Fonds im Herbst 2000 aufließ, müssen Unternehmen ihren kranken Mitarbeitern den Lohn selbst weiterzahlen, vielen kleineren Betrieben fehlen dafür aber die Rücklagen.

Eine Sicht der Dinge, die Wirtschaftskammer-Präsident Peter Mühlbacher als „völlig überzogen“ und als erste Anzeichen des bevorstehenden AK-Wahlkampfes bezeichnet. Außerdem dürfe man nicht vergessen, dass bei Arbeits- oder Freizeitunfällen sehr wohl noch 50 Prozent der Krankenstandskosten rückerstattet werden. Weiters macht Mühlbacher darauf aufmerksam, dass bei

DER FONDS

Die Arbeiterkammer fordert die „umgehende Wiedereinrichtung“ des Entgeltfortzahlungsfonds. Aus diesem von der Regierung abgeschafften Topf wurden den Arbeitgebern im Krankheitsfall eines Mitarbeiters die Lohn- und Lohnnebenkosten für die Dauer der Entgeltfortzahlung ersetzt. Alle Arbeitgeber zahlten 2,1 Prozent vom Bruttolohn in den 2000 abgeschafften Fonds ein.

300.000 in der Steiermark Beschäftigten die von der AK angegebene Zahl von 110 gerichtlichen Verfahren pro Jahr gering wäre.

AK-Jurist Wolfgang Bartosch erklärt, seit dem Jahr 2000 treten genau diese Fälle immer häufiger auf. Eine weitere Zahl soll dies belegen: Von 15.000 Erstberatungen in der Grazer AK betraf ein Drittel die Beendigung des Dienstverhältnisses, „darunter in hoher Zahl Kündigungen oder Entlassungen im Krankheitsfall“. Bartosch rät Betroffenen, den Krankenstand gut zu dokumentieren: „Dann können wir in den meisten Fällen die Entlassung in eine ordnungsgemäße Kündigung umwandeln und alle Ansprüche wahren. Der Job ist meistens aber trotzdem weg.“

STEIERMARK INTERN

Wer wird neuer Spitalschef?

Für die Krankenanstaltengesellschaft werden nun zwei neue Geschäftsführer gesucht, ein SPÖ-Naher und ein ÖVP-Naher – schon gibt es Spekulationen, wer die künftigen Spitalerchefs sein könnten. Immer öfter wird ein Name genannt: **Manfred Walzl**, Uni-Professor und an der Landesnervenklinik Sigmund Freud tätig, könnte den schwarzen Vorstandsposten ergattern. Seit Jahren verfügt der Schlafforscher über beste Kontakte in VP-Kreisen rund um Personallandesrat **Hermann**

Schützenhöfer. Die Ideensuche im Dunstkreis der ÖVP sei aber „kein Anlass zu Spekulation“, sagt Walzl, der davon „auch immer wieder gehört“ hat. Sicher, er habe etwas einzubringen, betont Walzl, „aber ich muss mir das erst anschauen“. Zweiter heißer VP-Kandidat ist **Helmut Reinhofer**, Verwaltungschef des LKH-Klinikums Graz, dort residiert auch der Dritte im Bunde: **Anton Fischer-Felgitsch**, Kages-Zentralbetriebsratschef,



Manfred Walzl:
Neuer Kages-
Vorstand? SOMMER

der solche Pläne bisher aber dementiert hat.

Ein Zweikampf scheint sich in der SPÖ abzuzeichnen: Neben Interimsvorstand **Ernst Hecke**, der sich bewerben wird und auf den die

Ausschreibung zugeschnitten ist, wird ein Mann von SP-Chef **Franz Voves** genannt – Bürochef **Helmut Hirt**. Zuletzt gesehen beim Abendessen mit Ex-Vorstand **Bernd Martetschläger** und Kages-Aufsichtsratschef **Werner Heinzl**. MARTIN LINK

immer öfter den Job



Krank und schon entlassen? Die Fälle häufen sich, kritisiert die steirische Arbeiterkammer

ELMAR GUBISCH

KINDERGÄRTEN

Große Sorgen um die Sicherung der Bildungsqualität

Geltendes Kinderbetreuungsgesetz soll bleiben.

GRAZ. Wenn schon Kinder bis 17 oder 19 Uhr „aufbewahrt“ werden müssen, dann unter bestmöglichen Bedingungen, also mit voller hortpädagogischer Betreuung. „Das ist unsere Antwort auf die Forderung nach Ganztagschulen“, gibt sich Brigitte Ruprecht, Vorsitzende der Berufsgruppe Kindergarten- und Hortpädagoginnen, kämpferisch. Wenn schon überall größere Flexibilität für längere Öffnungszeiten gefordert wird, dann sollte dies auch für die Kinderbetreuung gelten.

Doch die steirischen Kindergarten- und Hortpädagoginnen mit ihren 436 meist weiblichen Mitgliedern sind besorgt, dass die Novellierung des geltenden Gesetzes einen Rückschritt in der Bildungsqualität mit sich bringt. Daher überreichten sie bei der Eröffnung ihres neuen Zentralbüros am Nikolaiplatz 1 in Graz ein Paket mit Unterschriften an Landesrat Kurt Flecker. Inhalt: Wunsch nach geregelter Vorbereitungszeit, ein angemessener Personalschlüssel, verpflichtende Fortbildung.

Rektor prüft „Diszi“ gegen Klinikchef

Bis Mitte nächster Woche will der Rektor der neuen Medizin-Uni alle Unterlagen studieren.

Der neue Rektor der Medizin-Uni Graz prüft die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Vorstand der Grazer Frauenklinik, Wolfgang Urdl. „Ich werde alle Unterlagen genau studieren. Sollte es eine entsprechende Rechtsgrundlage geben, werden wir handeln.“ Urdl ist ins Gerede gekommen, weil er Katheter aus der Klinik in seine Privatordination mitgenommen haben soll und seiner Lebensgefährtin, die selbst Ärztin an der

Frauenklinik war, bei Eingriffen im Sanatorium assistiert hat.

Formal zuständig für dienstrechtliche Schritte ist der Rektor der Uni Graz, Alfred Gutschelhofer. Die beiden Rektoren haben vereinbart, ihr Vorgehen in der Causa abzustimmen. Keinen Zweifel lässt Medizin-Chef Walter daran, „dass die Angelegenheit für uns oberste Priorität hat“.

Der Reform der Klinik, an der es seit Jahren massive Probleme gibt, soll auch die Aufteilung der

geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung dienen. Nachdem die Verhandlungen mit den erstgereihten Kandidaten gescheitert sind, „streben wir nun eine sehr rasche Entscheidung an“, betont Walter. Der ärztliche Direktor des LKH-Uniklinikums, Günther Bergmann, würde es begrüßen, sollte der neue Chefarzt auch Klinikvorstand werden.

Dieser Posten ist seit Jahren zwischen den Abteilungsleitern Wolfgang Urdl und Raimund

Winter umstritten. Zuletzt hob der VwGH Winters Bestellung zum Professor auf. Nun hat das Bildungsministerium den Ball zurückgespielt: „Entweder es gibt ein ergänzendes Verfahren, das die Bestellung neu prüft, oder die Planstelle von Professor Winter wird mit 1. Jänner 2004 neu ausgeschrieben.“ Darüber habe nun der Rektor zu entscheiden. Auch dies dürfte die Situation an der Frauenklinik nicht einfacher machen.

MARTIN LINK